



Stellungnahme des DBV-Vorsitzenden zu einer Sondersteuer auf Home-Office!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor einigen Tagen forderte ein Analyst der Research-Abteilung der Deutschen Bank öffentlich zur Finanzierung der Corona-Schulden die Einführung einer Steuer auf Home-Office.

Nun ist mir aus leidvoller Erfahrung bekannt, dass auch in der Deutschen Bank vereinzelt Wirrköpfe beschäftigt werden, und ich nehme nicht jede Äußerung von Einzelnen sofort sonderlich ernst.

Da über diesen Vorstoß in den Medien aber sehr umfangreich berichtet wird, und ich bislang eine Klarstellung der Deutschen Bank noch nicht lesen konnte,

muss man die obskure Forderung wohl als offizielle Sicht des größten deutschen Geldhauses betrachten.

Das verwundert, denn Vorschläge der Deutschen Bank, wie seitens der Unternehmen durch Steuererhöhungen ein Beitrag zur Finanzierung der Corona-Folgen geleistet werden kann, sind bislang ausgeblieben.

Es ist wohlfeil, Steuererhöhungen zu fordern, die dann von den Beschäftigten getragen werden müssen. Ein wenig mehr Zurückhaltung wäre an dieser Stelle sicher geboten.



Stephan Szukalski
DBV-Vorsitzender

**Hier können Sie
Mitglied werden in
einer starken
Gemeinschaft -
dem DBV:**



**Einfach den QR-
Code mit
Smartphone
scannen...**

Die Nutznießer eines höheren Homeoffice-Anteils werden in finanzieller Sicht sowieso eher die Unternehmen selbst sein.

Eine geringere Präsenzquote erlaubt die Abmietung von Bürofläche in nicht geringem Umfang, die damit verbundene Reduzierung der Gemeinkosten, bezuschusste Kantinenessen und Parkplätze, inklusive. Auch die Produktivität scheint eher zu steigen als zu sinken.

Macht man die Rechnung von der Mitarbeiterseite her auf, sieht das Gesamtergebnis nicht so günstig aus. Es stimmt, die Kosten des Arbeitsweges fallen weg. Damit verbunden ist aber auch ein wegfallender Steuervorteil, was die Freude trübt.

Zusätzlich ist nicht jeder „normale“ Mitarbeiter eines Kreditinstituts privat mit einem Arbeitszimmer gesegnet, was einem gutbezahlten Analysten der Deutschen Bank nicht bekannt sein mag.

Wir hören jedenfalls von Kolleg*innen, die sich seit Monaten am Küchentisch auf Küchenstühlen von morgens früh bis abends quälen müssen. Bei so manchen melden sich nun Bandscheiben und Rücken.

Die Bereitschaft der Arbeitgeber, durch geeignete Büromöbel oder finanzielle Unterstützung bei deren Anschaffung zu helfen, ist, sagen wir einmal, unterschiedlich ausgeprägt.

Ob die nur vermeintlich selbstverständliche Bereitstellung der erforderlichen Technik (Notebooks und Smartphones) anhält, bleibt ebenfalls abzuwarten.

Vor Corona hat z.B. die Deutsche Bank gerne bei Anfragen auf die „bring-your-own-device“-Policy des Hauses verwiesen, also die Möglichkeit, private Geräte zu verwenden.

Spätestens bei der Übernahme der Kosten für den notwendigen Internetanschluss hört sowieso die Freundschaft in den meisten Häusern endgültig auf.

Wenn es also einen finanziellen Vorteil gibt, den es für die Allgemeinheit zu aktivieren gilt, dürfte dieser vor allem auf der Arbeitgeberseite liegen.

Insofern mag sich der Vorstoß des unbekanntenen Deutsche Bank-Analysten im kommenden Wahljahr noch als taktischer Fehler herausstellen!

Ihr Stephan Szukalski
DBV-Bundesvorsitzender
www.dbv-gewerkschaft.de